
BGB §§ 2204, 2046, 2213

Erfüllung eines unstreitigen Pflichtteilsanspruchs durch den Testamentsvollstrecker

I. Sachverhalt

Ein Erblasser hatte seine einzige Tochter als Vorerbin und ihre beiden minderjährigen Töchter zu Nacherben eingesetzt sowie Testamentsvollstreckung für die Zeit angeordnet, bis die Enkelinnen (Nacherben) das 27. Lebensjahr erreicht haben.

Die Mutter hat zu nachlassgerichtlichem Protokoll die Vorerbschaft ausgeschlagen und darin auch gleich den Pflichtteil dem Grunde nach geltend gemacht. Im Nachlass befanden sich kaum Barmittel, jedoch eine vermietete Wohnimmobilie. Testamentsvollstrecker und Mutter sind über die Erfüllung des unstreitigen Pflichtteilsanspruchs anhand eines Nachlassverzeichnisses und eines Wertgutachtens zur Immobilie einig. Die Erfüllung des Pflichtteilsanspruchs soll durch Übertragung eines dem Wert entsprechenden Miteigentumsanteils an der Immobilie erfolgen. Der Testamentsvollstrecker hat erklärt, dass es mangels Einkünfte und Vermögens der (Nach-)Erben keine Alternative gebe und dies die einzig sinnvolle Lösung darstelle.

II. Frage

Ist der Testamentsvollstrecker zur Erfüllung verpflichtet, weil die Pflichtteilserfüllung ordnungsgemäßer Verwaltung entspricht?

III. Zur Rechtslage

1. Erbrechtliche Ausgangslage

Die nunmehr ihren Pflichtteilsanspruch nach dem Erblasser fordernde Mutter war zwar nicht gem. § 2303 Abs. 1 S. 1 BGB von der Erbfolge nach dem Erblasser aufgrund Verfügung von Todes wegen ausgeschlossen. Wohl aber war sie durch die Einsetzung eines Nacherben beschränkt. **Sie war deswegen berechtigt, gem. § 2306 Abs. 1 BGB ihren Erbteil auszuschlagen und (erst) daraufhin ihren Pflichtteilsanspruch gem. § 2303 Abs. 1 S. 2 BGB geltend zu machen.** Die zunächst zu Nacherben berufenen beiden minderjährigen Töchter dürften vorbehaltlich anderslautender testamentarischer Regelung infolgedessen nunmehr als Ersatzerben (§ 2102 Abs. 1 BGB) den Erblasser beerbt haben. Die weiter verfügte Anordnung der **Testamentsvollstreckung** gem. §§ 2197 ff. BGB bleibt auch nach Ausschlagung der (Vor-)Erbenschaft durch die Mutter bestehen und **beschwert nunmehr (auch) die berufenen Ersatzerben** (§ 2085 BGB; s. hierzu Grüneberg/Weidlich, BGB, 82. Aufl. 2023, § 2085 Rn. 4 m. w. N).

2. Aufgabenbereich des Testamentsvollstreckers; allgemeines zur Erfüllung eines Pflichtteilsanspruchs durch den Testamentsvollstrecker

Der konkrete Aufgabenbereich des Testamentsvollstreckers ausweislich des Testaments ist im Sachverhalt nicht mitgeteilt. Insoweit wird unterstellt, dass der Testamentsvollstrecker die Enkelinnen nicht nur als Nacherben, sondern auch in ihrer Rolle als infolge der Ausschlagung nachrückende Ersatzerben beschwert und die Regulierung der Nachlassverbindlichkeiten – wie insbesondere regelmäßig bei der Abwicklungsvollstreckung gem. § 2203 BGB (Grüneberg/Weidlich, § 2203 Rn. 3) – nach der Anordnung des Erblassers grundsätzlich zu seinem Aufgabenbereich gehört.

Den gesetzlichen Ausgangspunkt bei einer Auseinandersetzungsvollstreckung hat der BGH (NJW 1969, 424) so zusammengefasst: Der **Pflichtteilsanspruch** richtet sich gegen den Erben (§ 2303 Abs. 1 BGB); er **begründet eine Nachlassverbindlichkeit**, die den Erben als solchen trifft (§ 1967 Abs. 2 BGB), eine sog. **Erbfallschuld**. Der Testamentsvollstrecker hat, wenn wie hier mehrere Erben vorhanden sind und er nach der Anordnung des Erblassers die Auseinandersetzung unter ihnen zu bewirken hat, nach Maßgabe der §§ 2042-2056 BGB zu verfahren (§ 2204 Abs. 1 BGB; RGZ 95, 325, 329). Das bedeutet, dass er zunächst die **Nachlassverbind-**

lichkeiten, also auch die Pflichtteilsansprüche, be-
richtet (§ 2046 Abs. 1 BGB). Dies wiederum setzt vo-
raus, dass Bestand und Höhe dieser Verbindlichkeiten
feststehen. Es gehört daher zu den Aufgaben des Testa-
mentsvollstreckers, den Schuldenstand zu ermitteln
(§ 2205 BGB). Erweist sich dabei eine Verbindlichkeit
als streitig, so hat der Testamentsvollstrecker das zur
Befriedigung Erforderliche zurückzubehalten (§ 2046
Abs. 1 S. 2 BGB).

3. Die Sonderregelung in § 2213 Abs. 1 S. 3 BGB

Allerdings trifft § 2213 Abs. 1 S. 3 BGB für **Pflicht-
teilsansprüche** die Sonderregelung, dass sie **nur gegen
den Erben geltend gemacht werden** können, auch
wenn dem Testamentsvollstrecker die Verwaltung des
Nachlasses zusteht. In der Vorschrift des § 2213 BGB
geht es damit darum, die vormalige Stellung des Testa-
mentsvollstreckers als gleichsam fortlebenden Erblasser
zurückzudrängen. Der Testamentsvollstrecker trat nach
gemeinem Recht an die Stelle des Erblassers und war
damit der berufene Verteidiger des Testaments, also der
testamentarisch bestimmten Erben gegen die gesetzli-
chen Erben (RGZ 9, 208, 210). Nach den Regelungen
des BGB soll demgegenüber der Streit um das Erbrecht
auch bei Anordnung der Testamentsvollstreckung zwi-
schen den vermeintlichen Erben ausgetragen werden.
Der Testamentsvollstrecker hat die testamentarischen
Bestimmungen auszuführen, nicht als Vertreter des Erb-
lassers das Testament zu verteidigen. Das Pflichtteils-
recht steht dabei dem Erbrecht gleich; wahrer Beklagter
auch dieses Anspruchs ist der Erbe (BGH NJW 2006,
2698, 2700 Rn. 28 m. w. N.). *Zimmermann* (in: Münch-
KommBGB, 9. Aufl. 2022, § 2213 Rn. 13) sieht den Re-
gelungsgrund der Vorschrift – weniger rechtshistorisch
argumentierend – darin, dass das Pflichtteilsrecht dem
außerhalb der Verwaltung liegenden Erbrecht nahesteht
und für den Erben häufig mit persönlichen Problemen
verbunden ist.

**§ 2213 Abs. 1 S. 3 BGB zielt primär nur auf die ge-
richtliche Geltendmachung von Pflichtteilsansprü-
chen.** Darüber hinaus kann der Testamentsvollstrecker
aufgrund der genannten Vorschrift ohne Willen des
Erben eine Pflichtteilsforderung nicht mit Wirkung
gegen diesen rechtsgeschäftlich anerkennen. **Außer-
gerichtlich kann der Testamentsvollstrecker** jedoch
im Rahmen seines Verwaltungsrechts gleichwohl über
Pflichtteilsansprüche verhandeln und, falls es sich um
einen **unstreitigen Pflichtteilsanspruch** handelt, dies-
sen **auch ohne Zustimmung des Erben erfüllen**, da
es sich um eine Nachlassverbindlichkeit handelt. Ledig-
lich bei *streitigen* Ansprüchen hat der Testamentsvoll-
strecker nach § 2046 Abs. 1 S. 2 BGB zu verfahren und
setzt sich der Haftung nach § 2219 BGB aus, wenn er

den bestrittenen Pflichtteilsanspruch trotzdem erfüllt
und hierbei mehr leistet, als etwa später im Rechts-
streit zwischen dem Pflichtteilsberechtigten und dem
Erben als Pflichtteil zugesprochen wird (zum Ganzen
BGH NJW 1969, 424, 425; daran anschließend OLG
München Rpfleger 2003, 588; zustimmend Münch-
KommBGB/Zimmermann, § 2213 Rn. 13; Stau-
dinger/Dutta, BGB, 2021, § 2213 Rn. 16; vgl. auch
BeckOGK-BGB/Suttmann, Std.: 1.4.2023, § 2213
Rn. 16 ff.).

Dutta (in: Staudinger, § 2213 Rn. 19) folgert aus § 2213
Abs. 1 S. 3 BGB noch weitergehend, dass der Testa-
mentsvollstrecker dem Pflichtteilsberechtigten gegen-
über an sich nicht verpflichtet sei, den Pflichtteilsan-
spruch zu erfüllen, auch dann nicht, wenn der Erbe den
Pflichtteilsanspruch anerkannt habe. Der Testaments-
vollstrecker sei lediglich infolge seiner nach § 2205 S. 2
BGB bestehenden Verfügungsbefugnis berechtigt, die
nicht streitige oder von den Erben anerkannte Pflicht-
teilsschuld, die eine Nachlassverbindlichkeit darstellt
(§ 1967 Abs. 2 BGB), auch ohne Zustimmung des
Erben zu erfüllen.

U. E. entfernt sich die Auffassung *Duttas* jedoch zu
weit von dem für den Testamentsvollstrecker gelten-
den Ausgangspunkt der §§ 2204 Abs. 1, 2046 Abs. 1
BGB, wonach der Testamentsvollstrecker zur Be-
richtigung der Nachlassverbindlichkeiten verpflichtet
ist. Aus § 2046 Abs. 1 S. 2 BGB und der Grundsatz-
entscheidung des BGH zu § 2213 Abs. 1 S. 3 BGB
(NJW 1969, 424) folgt lediglich die notwendige Dif-
ferenzierung zwischen streitigen und nicht streitigen
Pflichtteilsansprüchen.

4. Ergebnis im vorliegenden Sachverhalt

Im vorliegenden Sachverhalt geht es nach der Schil-
derung letztlich um eine unter den Nachlassbeteilig-
ten **nicht streitige Regulierung des Pflichtteilsan-
spruchs**. Der auf Geld gerichtete Pflichtteilsanspruch
der Mutter soll aufgrund einvernehmlicher Regelung
durch eine andersartige, an Erfüllung statt hingege-
bene Leistung befriedigt werden (§ 364 Abs. 1 BGB),
nämlich durch die Übertragung des betreffenden Mit-
eigentumsanteils an der Immobilie. Einer derartigen
einvernehmlichen, außergerichtlichen Regulierung des
Pflichtteilsanspruchs durch den Testamentsvollstrecker
steht § 2213 Abs. 1 S. 3 BGB u. E. nicht im Wege.
**Der Testamentsvollstrecker ist u. E. zur Erfüllung
der Nachlassverbindlichkeit (§ 1967 Abs. 2 BGB) auf
diese Weise auch verpflichtet (§§ 2204 Abs. 1, 2046
Abs. 1 S. 1 BGB),** die nach den Umständen des Fal-
les ordnungsgemäßer Nachlassverwaltung gem. § 2216
BGB entspricht.